

Anlagen

(14 Anlagen gemäß Leistungsbeschreibung)

Ausschreibung von elektrischem Strom
für Tarif-Abnahmestellen mit Leistungsmessung
für das Jahr 2027

Europaweite Ausschreibung im Verhandlungsverfahren gemäß Sektorenverordnung

Auskünfte erteilt:

Webeler Rechtsanwälte
Frau Tina Frank
Löhrstraße 99
56068 Koblenz
t.frank@webeler-rechtsanwalte.de
0261/9886620

Anlagen gemäß Leistungsbeschreibung

- Anlage 1 – Verzeichnis der Abnahmestellen sowie Verbrauchs- und Leistungsdaten für das Lieferjahr 2025
(1 Seite)
- Anlage 2 – Liste der einzureichenden Unterlagen
(1 Seite)
- Anlage 3 – Geplanter Gang und zeitlicher Ablauf des Vergabeverfahrens
(1 Seite)
- Anlage 4 – Muster-Stromliefervertrag
(15 Seiten)
- Anlage 5 – Preisblatt Lieferjahr 2027
(1 Seite / einreichen mit dem Angebot)
- Anlage 6 – Stammdatenblatt zur Anlagenkategorie
(2 Seiten je Anlage (ggf. vervielfältigen) / einreichen mit dem Angebot)
- Anlage 7 – Referenzliste zur Lieferung von Ökostrom
(1 Seite / einreichen mit dem Teilnahmeantrag)
- Anlage 8 – Eigenerklärung zur Eignung
(1 Seite / einreichen mit dem Teilnahmeantrag)
- Anlage 9 – Eigenerklärung zum Unternehmen
(2 Seiten / einreichen mit dem Teilnahmeantrag)
- Anlage 10 – Erklärung einer Bietergemeinschaft
(1 Seite / falls erforderlich - einreichen mit dem Teilnahmeantrag)
- Anlage 11 – Erklärung zur beabsichtigten Beauftragung von Unterauftragnehmern/
(1 Seiten / falls erforderlich - einreichen mit dem Teilnahmeantrag)
- Anlage 12 – Referenzliste für Unterauftragnehmer/ Verpflichtungserklärung
(2 Seite / falls erforderlich (ggf. vervielfältigen) - einreichen mit dem Teilnahmeantrag)
- Anlage 13 – Eigenerklärung zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen (Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022)
- Anlage 14 – Tariftreueerklärung
(1 Seite / einreichen mit dem Angebot)

Anlage 1: Verzeichnis der Abnahmestellen und Verbrauchs- und Leistungsdaten für das Lieferjahr 2025

Auf Grundlage der Verbrauchs- und Leistungsdaten für das Lieferjahr 2025 hat die vergebende Stelle einen Jahresverbrauch für das Lieferjahr 2027 von 3.650.000 kWh prognostiziert.

Es handelt sich ausschließlich um eine Tarif-Abnahmestelle mit Leistungsmessung.

Siehe Ordner: Anlage 1: Verbrauchsdaten WKW

Anlage 2: Liste der einzureichenden Unterlagen

1	Preisblatt Lieferjahre 2027	Anlage 5
2	Stammdatenblatt zur Anlagenkategorie	Anlage 6
3	Referenzliste zur Lieferung von Ökostrom	Anlage 7
4	Eigenerklärung zur Eignung	Anlage 8
5	Eigenerklärung zum Unternehmen	Anlage 9
6	ggf. Erklärung einer Bietergemeinschaft	Anlage 10
7	ggf. Erklärung zur beabsichtigten Beauftragung von Unterauftragnehmern	Anlage 11
8	ggf. Referenzliste für Unterauftragnehmer/ Verpflichtungserklärung	Anlage 12
9	Russlanderklärung Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014	Anlage 13
10	Tariftreueerklärung	Anlage 14

Anlage 3: Geplanter Gang und zeitlicher Ablauf des Vergabeverfahrens

Die Ausschreibung erfolgt im Verhandlungsverfahren mit einem vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb nach der Sektorenverordnung.

Das Verfahren wird insoweit 2-stufig abgewickelt. In der 1. Verfahrensstufe haben die Bewerber zum Nachweis Ihrer Eignung ausschließlich die in den Anl. 8-14 geforderten Erklärungen abzugeben und zwar ausschließlich über die Vergabeplattform mit folgendem Link:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK7MS2Y>

Diejenigen Bewerber, deren Eignung die vergebende Stelle feststellt, werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Bieter werden dringend gebeten die Anl. 5 und 6 nicht bereits mit ihren Teilnahmeantrag abzugeben, da dieses möglicherweise zu einem Ausschluss vom Vergabeverfahren kann.

Für das Vergabeverfahren ist der folgende Zeitplan vorgesehen:

Zeitplan Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	
Veröffentlichung	29.05.2026
Eingang der Teilnahmeanträge	29.06.2026
Nachforderung von Unterlagen	01.07.2026
Absagen / Einladungen zur Abgabe des Angebots	06.07.2026
Eingang der Angebote	20.07.2026
Präsentationstermin	23.07.2026
finale Angebote	27.07.2026
10 Tage Wartefrist	06.08.2026
Zuschlag	07.08.2026

Wir weisen darauf hin, dass sich die vergebende Stelle einen Zuschlag auf das wirtschaftlichste Erstangebot vorbehalten hat. Macht die vergebende Stelle von diesem Recht Gebrauch, entfallen die Präsentationstermine sowie der Verfahrensschritte des Eingangs der endgültigen Angebote.

In jedem Fall werden die Bieter gebeten bereits den 23.07.2026 für die Angebotsverhandlung vorzumerken. Eine Verschiebung dieses Termines wird aus terminlichen Gründen nicht möglich sein.

Anlage 4: Muster-Stromliefervertrag

Stromliefervertrag

**über die Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien (Ökostrom)
an Entnahmestellen mit registrierender Leistungsmessung**

zwischen der
Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH
Peter-Altmeier-Ufer 50
56068 Koblenz

diese vertreten durch ihre Geschäftsführung

- nachfolgend „Auftraggeber“ genannt -

und

[Auftragnehmer]

- nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt -

wird folgender Vertrag über die Lieferung von Strom geschlossen.

Inhaltsübersicht

- § 1 Anforderungen an die Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien
- § 2 Vertragsanbahnung/ Vertragspartner
- § 3 Ökostrom
- § 4 Nachweispflichten
- § 5 Stromlieferung
- § 6 Entnahme- und Übergabestellen
- § 7 Eigenerzeugung
- § 8 Netzanschluss und Netznutzung
- § 9 Messung
- § 10 Stromlieferpreise
- § 11 Abrechnung der Stromlieferung
- § 12 Persönlicher Ansprechpartner
- § 13 Datenbereitstellung
- § 14 Vertragslaufzeit
- § 15 Lieferunterbrechung und Haftung
- § 16 Sonderkündigungsrecht, Schadenersatz und Vertragsstrafe
- § 17 Beauftragung von Unterauftragnehmern
- § 18 Rechtsnachfolge
- § 19 Wesentliche Vertragsbestandteile
- § 20 Meinungsverschiedenheiten
- § 21 Schlussbestimmungen

§ 1 Anforderungen an die Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien

- (1) Der Auftragnehmer liefert an den Auftraggeber elektrische Energie für den Eigenbedarf als Drehstrom für Anlagen der Mittelspannung aus dem Mittelspannungsnetz mit einer Spannung von 20kV und einer Frequenz von 50 Hertz sowie für Anlagen der Niederspannung aus dem Niederspannungsnetz mit einer Spannung von 400V und einer Frequenz von 50 Hz.
- (2) Soweit Ökostrom bestellt wird, muss die elektrische Energie nachweislich aus erneuerbaren Energien stammen. Sie muss in Anlagen erzeugt werden, die ausschließlich erneuerbare Energien nutzen. Hierzu zählt auch Strom aus Speicherkraftwerken abzüglich des Eigenverbrauchs und der Verluste (ohne Pumpstrom) sowie abzüglich des nicht erneuerbaren Anteils am Pumpstrom, der Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien in Hybridanlagen, die auch konventionelle Energieträger einsetzen, sowie der Anteil von Strom aus der Mitverbrennung von Biomasse in thermischen Kraftwerken, in denen auch konventionelle Energieträger verbrannt werden, wenn der Anteil von Strom aus der Mitverbrennung von Biomasse durch die Feststellung und Erfassung der jeweiligen Menge und Heizwerte der eingesetzten Brennstoffe rechnerisch bei der Stromerzeugung ermittelt und nachgewiesen wird.
- (3) Erneuerbare Energien im Sinne dieses Vertrages sind Wasserkraft einschließlich der Wellen-, Gezeiten-, Salzgradienten- und Strömungsenergie, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie, Energie aus Biomasse einschließlich Biogas, Deponiegas und Klärgas. Als Biomasse gelten nur Energieträger gemäß § 2 der Verordnung über die Erzeugung von Strom aus Biomasse (Biomasseverordnung - BiomasseV) vom 21. Juni 2001 (BGBl. I S. 1234) die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2258) geändert worden ist. Der aus Biomasse erzeugte Strom gilt als Strom aus erneuerbaren Energien, wenn er in einem Verfahren erzeugt wird, das den Anforderungen des § 4 BiomasseV gerecht wird. Flüssige Biomasse, d. h. Biomasse im Sinne der BiomasseV, die zum Zeitpunkt des Eintritts in den Brenn- oder Feuerraum flüssig ist, gilt nur dann als Biomasse im Sinne dieses Vertrages, wenn sie den Nachhaltigkeitskriterien der Artikel 17 und 19 i.V.m. Anhang V der EU-Richtlinie 2009/28/EG vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5. Juni 2009, Seite 16) für Biokraftstoffe und flüssige Brennstoffe genügt; Artikel 17 Absatz 2 Unterabsatz 4 der Richtlinie 2009/28/EG findet keine Anwendung.
- (4) Die Herkunft des gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energien muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückführbar sein. Zwischen dem Netz, an das die Stromerzeugungsanlage angeschlossen ist, und dem Netz, an dem die jeweilige Entnahmestelle des Auftraggebers angeschlossen ist, muss eine netztechnische Verbindung bestehen.
- (5) Der Auftragnehmer garantiert eine zeitlich bilanzierte Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien; d. h. die Energiebilanz von erzeugtem und geliefertem Strom muss innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt ausgeglichen sein.
- (6) Der Auftraggeber erwirbt mit der Entnahme des gelieferten Stroms auch den bei der Erzeugung erzielten Umweltnutzen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich verbindlich gegenüber dem Auftraggeber, den mit der Stromlieferung verbundenen Umweltnutzen nicht anderweitig zu verwerten oder zu übertragen und seinen etwaigen Vorlieferanten vertraglich ebenfalls zu verpflichten, diese anderweitige Verwertung oder Übertragung zu unterlassen. Der Auftragnehmer garantiert ferner, dass die an den Auftraggeber gelieferte Strommenge aus erneuerbaren Energien nicht durch Erzeugungs- oder Verbrauchsförderungen gefördert oder auf diese angerechnet wird. Zu Erzeugungs- oder Verbrauchsförderungen zählen unter anderem staatliche Förderregelungen, die zur

Nutzung erneuerbarer Energiequellen verpflichten, einschließlich solcher, bei denen grüne Zertifikate verwendet werden, sowie direkte Preisstützungssysteme einschließlich Einspeisetarife und Prämienzahlungen.

§ 2 Vertragsanbahnung/ Vertragspartner/ Ausfertigung des Vertrages

Der Vertrag über die Stromlieferung ist entsprechend den Bedingungen dieses Vertrages mit dem Zuschlag zustande gekommen. Die Ausfertigung der Vertragsurkunde erfolgt insoweit deklaratorisch.

Die Leistungsbeschreibungen zur Ausschreibung und ihre Anlagen sind Bestandteil dieses Vertrages.

§ 3 Ökostromlieferung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien zu liefern. Näheres zur Lieferverpflichtung ist in der Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung bestimmt.

§ 4 Nachweispflichten

- (1) Hat sich der Auftragnehmer zur Ökostromlieferung verpflichtet, hat er nach Ablauf des Lieferjahres spätestens bis zum 15. Januar des Folgejahres die entsprechenden Nachweise zu § 1 dieses Stromliefervertrages gemäß Anlage 6 mit den IST-Werten des vergangenen Lieferjahres zu aktualisieren und dem Auftraggeber unaufgefordert vorzulegen.
- (2) Die Herkunft des gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energien muss auf eindeutig beschriebene und identifizierbare Quellen zurückführbar sein. Im Falle mehrerer Quellen ist die Aufteilung zwischen diesen Quellen vom Auftragnehmer eindeutig anzugeben. Der Nachweis des gelieferten Stroms erfolgt gegenüber dem Auftraggeber unter Verwendung von Herkunftsnachweisen, die die Anforderungen der EU-Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 5. Juni 2009, S. 16) bzw. die Anforderungen einer entsprechenden Nachfolgeregelung und die Anforderungen gemäß § 79 Erneuerbare-Energien-Gesetz, sowie der zur Konkretisierung des § 79 EEG erlassenen Rechtsverordnungen in ihrer jeweils geltenden Fassung bzw. die Anforderungen entsprechender Nachfolgeregelungen erfüllen. Für Herkunftsnachweise aus dem Ausland gilt § 79 Absatz 3 EEG 2021 i.V.m. Art. 15 Abs. 6 und 9 EU-Richtlinie 2009/28/EG und § 18 Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung.
- (3) Innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines jeden Lieferjahres hat der Auftragnehmer die Herkunft des gelieferten Stromes auf eigene Kosten durch die Vorlage über das deutsche Herkunftsnachweisregister entwerteter Herkunftsnachweise nachzuweisen. Der Auftragnehmer muss die Entwertung der Herkunftsnachweise für den Auftraggeber vornehmen (durch Einfügen des Auftraggebers im Freifeld „Stromkunde“) und diese Menge im Rahmen der Stromkennzeichnung ausweisen.
- (4) Die Herkunftsnachweise dürfen keine Förderung vorsehen, die den Code-Nummern 2 (Förderung der produzierten Strommenge), 3 (Kombination aus Investitionsförderung und Förderung der produzierten Strommenge), 4 (Förderung unbekannt) gemäß dem Fact Sheet 3 - Types of Public Support - Release 1.14 entspricht, das auf der Webseite der AIB veröffentlicht ist (www.aib-

net.org/eecs/fact-sheets). Insbesondere dürfen die Herkunftsnachweise nicht die Angabe „Förderung der Stromerzeugung“, „Förderung der Stromerzeugung durch Grünstromprivileg“, „Förderung der Stromerzeugung durch sonstige Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien“, „Status der Förderung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien unbekannt“ oder „Status der Förderung unbekannt“ enthalten.

- (5) Für flüssige Biomasse erfolgt der Nachweis über die Einhaltung der Nachhaltigkeitsanforderungen im Sinne des § 1 Absatz (3) dieses Vertrages zusätzlich durch die Vorlage von Nachweisen im Sinne der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung (BioSt-NachV) in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung.
- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unaufgefordert über alle wesentlichen Änderungen in Zusammenhang mit der Lieferung von Ökostrom und der Erfüllung der vertraglichen Pflichten aus diesem Vertrag schriftlich oder in Textform unverzüglich zu informieren.
- (7) Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit die Einhaltung der vertraglichen Anforderungen an die Erzeugungsart des zu liefernden Stroms aus erneuerbaren Energien im Lieferzeitraum durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, an einer Prüfung durch den Auftraggeber mitzuwirken und dem Auftraggeber bzw. dessen beauftragten Sachverständigen sämtliche dafür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

§ 5 Stromlieferung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Lieferung und der Auftraggeber zur Abnahme des gesamten Bedarfs elektrischer Energie an alle Entnahmestellen die in der Anl. 1 i.V.m. dem Verzeichnis der Abnahmestellen in Bezug genommen sind.
- (2) Der voraussichtliche Stromlieferbedarf an den Auftraggeber ergibt sich aus der Summe der Stromverbräuche der in der Anl. 1 im Verzeichnis der Abnahmestellen dem Auftraggeber zugeordneten Abnahmestellen.
- (3) Sofern der Auftraggeber über die in Absatz (2) festgelegte Menge hinaus elektrische Energie für den Eigenbedarf benötigt, wird diese vom Auftragnehmer innerhalb eines Mengen-Toleranzbandes entsprechend des Angebotes des Auftragnehmers bezogen auf die jeweilige Jahresliefermenge bereitgestellt und an die unter § 6 des Stromliefervertrages definierten Übergabestellen geliefert. Überschreitet der Strombedarf des Auftraggebers das Mengen-Toleranzband, ist der Auftragnehmer auch hinsichtlich dieser zusätzlichen Liefermengen zur Vollstromlieferung verpflichtet. Sofern die in Absatz (2) genannte Menge, z. B. durch geringere Fördermengen, unterschritten wird, ist der Auftraggeber zur Abnahme und Vergütung der Differenzmenge nicht verpflichtet; dies gilt auch bei einer Unterschreitung der Jahresliefermenge, die das Toleranzband unterschreiten bzw. überschreiten im Übrigen gilt § 10 Absatz (13) dieses Vertrages.
- (4) Neue Entnahmestellen des Auftraggebers für den Eigenbedarf (Zugänge aufgrund von Neuinstallationen, Übernahme oder Umstellung vorhandener Zähler) werden auf Wunsch des Auftraggebers in diesen Stromliefervertrag einbezogen. Hinzukommende Entnahmestellen des Auftraggebers werden zu den vereinbarten Preisen und Bedingungen beliefert. Mit Stilllegung, Änderung, Vermietung bzw. Verpachtung oder Veräußerung können einzelne Entnahmestellen aus diesem Stromliefervertrag herausgenommen werden. Hinzukommende und abgehende Entnahmestellen teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer mindestens sechs Wochen vor Lieferbeginn bzw. Lieferende schriftlich oder per E-Mail mit. Für den Strombedarf der neuen Entnahmestellen gelten die vereinbarten Preise in dem in der **Anl. 5** festgelegten Umfang.

- (5) Überschreitet der Strombedarf neue Abnahmestellen denen der Anl. 5 festgelegten Umfang gilt die Regelung des § 10 Abs. 12 entsprechend; der Strombedarf der neuen Abnahmestellen findet auf das Mengentoleranzband gemäß § 10 Abs. 12 keine Anrechnung.
- (6) Die Vertragspartner vereinbaren eine Vollstromlieferung einschließlich Netznutzung (sogenannter All-inclusive-Stromliefervertrag).
- (7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Stromlieferung an die Entnahmestellen gemäß Anlage 1 frist- und bedarfsgerecht zu seinem jeweiligen Bilanzkreis anzumelden.

§ 6 Entnahme- und Übergabestellen

- (1) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber für seine in der der Anl. 1 im Verzeichnis der Abnahmestellen aufgeführten Entnahmestellen elektrische Energie (Arbeit und Leistung) an den Übergabestellen bereit. Als Übergabestelle gilt die Eigentumsgrenze zwischen dem Netzbetreiber und den jeweiligen Entnahmestellen des Auftraggebers gemäß Netzanschlussvertrag.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der vorhandenen Netzanschlusskapazität auf Verlangen des Auftraggebers auch eine höhere Leistung bereitzustellen. Etwaige Mehrkosten für die Stromlieferung sind durch die im Preisblatt (Anlage 5) definierten Preisregelungen abgedeckt. Eine Verstärkung eines Netzanschlusses kann nur nach Abstimmung des Auftraggebers mit dem örtlichen Netzbetreiber erfolgen. Eventuell entstehende Kosten für die Verstärkung trägt der Auftraggeber.

§ 7 Eigenerzeugung

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, bestehende oder derzeit bzw. zukünftig geplante Eigenerzeugungsanlagen (z. B. BHKW) zu betreiben und seinen Strombedarf daraus vollständig oder teilweise zu decken oder den in diesen Anlagen erzeugten Strom in das Netz des jeweiligen Netzbetreibers einzuspeisen. Während der Vertragslaufzeit wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer rechtzeitig, mindestens einen Monat im Voraus, folgendes bekannt geben:
 - die erstmalige Inbetriebnahme einer neuen Eigenerzeugungsanlage
 - die Wiederinbetriebnahme einer vorhandenen Eigenerzeugungsanlage
 - Änderungen des Standortes oder der Leistung der Eigenerzeugungsanlage
 - die geplante Stilllegung einer vorhandenen Eigenerzeugungsanlage
 - die Änderungen der Betriebsart einer Eigenerzeugungsanlage von der Einspeisung zum Eigenverbrauch des erzeugten Stroms und umgekehrt.
- (2) Die Maßnahmen im Sinne des Absatzes (1) ändern die Vertragsgrundlage nicht.
- (3) Die Vertragspartner vereinbaren einen regelmäßigen Informationsaustausch zur Fahrweise der Eigenerzeugungsanlagen, soweit sich dies auf die Stromlieferung nach diesem Vertrag (Fahrplan, Liefermenge, etc.) auswirkt.

§ 8 Netzanschluss und Netznutzung

- (1) Der Auftraggeber schließt im eigenen Namen mit dem Netzbetreiber die erforderlichen Netzanschlussverträge bzw. Anschlussnutzungsverträge für die Entnahmestellen gemäß Anlage 1 ab. Auf Wunsch des Auftraggebers wird der Auftragnehmer bevollmächtigt, einen unterschiftsreifen Netzanschlussvertrag bzw. Anschlussnutzungsvertrag oder eine Anpassung bestehender Netzanschluss- und Anschlussnutzungsverträge mit dem Netzbetreiber auszuhandeln. Die vom Netzbetreiber gegebenenfalls in Rechnung gestellten Anschlusskostenbeiträge und Baukostenzuschüsse trägt in jedem Fall der Auftraggeber.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die für die Stromlieferung erforderlichen vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Auftragnehmer schließt dazu mit dem Netzbetreiber zu dessen üblichen Bedingungen die erforderlichen Netznutzungsverträge für alle Entnahmestellen des Auftraggebers gemäß Anlage 1 ab. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erforderlichen Netznutzungsverträge auf der Grundlage der Regelungen des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (EnWG), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2258) geändert worden ist, sowie der dazu erlassenen Rechtsverordnungen (StromNZV, StromNEV, StromGVV, NAV) abzuschließen. Der Auftraggeber erteilt dem Auftragnehmer auf dessen Anforderung alle für den Abschluss der Netznutzungsverträge erforderlichen Auskünfte sowie eine branchenübliche Vollmacht.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Zahlung der Netznutzungsentgelte gegenüber dem Netzbetreiber mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber. Abrechnungsgrundlage sind die veröffentlichten Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers und die vom Netzbetreiber bzw. Messstellenbetreiber ermittelten Leistungs- und Verbrauchsdaten. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, falls es zu Problemen bei der Netznutzung mit dem Netzbetreiber, insbesondere zu Problemen bei der Ablesung von Zählern, zu Differenzen oder Zahlungsrückständen bei den Netznutzungsentgelten, kommen sollte. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alles ihm Mögliche zu tun, um Probleme bei der Netznutzung zu vermeiden und gegebenenfalls zu beseitigen.
- (4) Sofern ein Kommunalrabatt zwischen einer Gemeinde und dem Netzbetreiber vereinbart ist, verpflichtet sich der Auftragnehmer, bei der Abrechnung der Netznutzungsentgelte den konzessionsvertraglich vereinbarten Kommunalrabatt an den Auftraggeber weiterzugeben oder den jeweiligen Netzbetreiber dabei zu unterstützen, dass dieser dem Auftraggeber einen gegebenenfalls konzessionsvertraglich vereinbarten Kommunalrabatt unmittelbar gewährt. In jedem Fall sind gewährte Kommunalrabatte bei der Abrechnung der Netznutzungsentgelte gesondert auszuweisen.

§ 9 Messung

- (1) Die Erfassung der Leistungs- und Verbrauchsdaten erfolgt grundsätzlich mit den vorhandenen Messeinrichtungen durch den Netzbetreiber bzw. Messstellenbetreiber im Wege der elektronischen Datenverarbeitung. Die entsprechenden Signale werden dem Auftraggeber auf Wunsch zur Verfügung gestellt.
- (2) Die Messeinrichtungen müssen den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen.
- (3) Der Auftraggeber ist zur Selbstablesung der Messeinrichtungen berechtigt.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf Anforderung des Auftraggebers für dessen Entnahmestellen mit registrierender Leistungsmessung beim Netzbetreiber Lastgänge anzufordern und

diese dem Auftraggeber einmal im Monat in einem gängigen EDV-Format unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Soweit vom Netzbetreiber gefordert, wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer dazu eine branchenübliche Vollmacht erteilen. Weitere Lastgangdaten stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf dessen Anforderung gegen eine angemessene Erstattung des damit verbundenen Aufwandes des Auftragnehmers zur Verfügung.

- (5) Es gelten die vom Netzbetreiber an den Messeinrichtungen vorgegebenen Schaltzeiten.
- (6) Der Auftraggeber ist berechtigt, bei Entnahmestellen, die über eine Messeinrichtung mit Leistungsmessung verfügen, Tarifzähler einbauen zu lassen, soweit der Jahresverbrauch die Grenze von 100.000 kWh im Jahr unterschreitet. Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer mit einer Frist von mindestens sechs Wochen zum Monatsende darüber zu informieren.

§ 10 Stromlieferpreise

- (1) Für die abgenommene elektrische Energie zahlt der Auftraggeber an den Auftragnehmer einen Stromlieferpreis in Cent pro Kilowattstunde gemäß Preisblatt (Anlagen 5) und Indizierung des Angebotspreises entsprechend den Maßgaben der Leistungsbeschreibung.
- (2) Ein Leistungspreis ist nicht vereinbart.
- (3) Der Stromlieferpreis versteht sich einschließlich
 - Entgelte für die Lieferung und Abrechnung der Energie durch den Auftragnehmer zuzüglich einer Ökostromumlage (Ökostrom-Lieferung) entsprechend dem Preisblatt, soweit der Auftraggeber in der Anl. 1 nicht bezeichnet hat ausschließlich Normalstrom zu beziehen.

und zuzüglich

- Netznutzungsentgelte des Netzbetreibers,
 - Entgelte für Messung und Zähl Datenbereitstellung durch den Netzbetreiber bzw. den Messstellenbetreiber,
 - Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV),
 - Umlage nach § 19 Absatz 2 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV),
 - Offshore-Haftungsumlage nach § 17f Energiewirtschaftsgesetz (EnWG),
 - Aufschläge gemäß Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG),
 - Konzessionsabgaben gemäß Konzessionsabgabenverordnung (KAV),
 - eventuell anfallende Blindarbeit (oberhalb der Abrechnungsfreigrenze),
 - Umlage gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage),
 - Stromsteuer sowie
 - Umsatzsteuer.
- (4) Bei der Ermittlung der Referenzwerte erfolgt eine kaufmännische Rundung auf vier Stellen nach dem Komma (Angaben in ct/kWh). Der angepasste Arbeitspreis wird ebenfalls auf vier Stellen nach dem Komma (Angaben in ct/kWh) kaufmännisch gerundet.
 - (5) Der Auftragnehmer berechnet dem Auftraggeber die Netznutzungsentgelte, die Entgelte für Messung und Zähl Datenbereitstellung, die Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV, die

Umlage nach § 19 Absatz 2 StromNEV, die Offshore-Haftungsumlage nach § 17f EnWG, Konzessionsabgaben, Blindarbeit oberhalb der Abrechnungsfreigrenze sowie die Aufschläge gemäß KWKG ohne Aufschlag weiter.

- (6) Der Auftragnehmer berechnet dem Auftraggeber für das jeweilige Kalenderjahr die EEG-Umlage in Cent pro Kilowattstunde ohne Aufschlag weiter.
- (7) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, jede berechtigte Änderung der Netznutzungs-entgelte, der Entgelte für Messung und Zähl-datenbereitstellung, der Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV, der Umlage nach § 19 Absatz 2 StromNEV, der Offshore-Haftungsum-lage nach § 17f EnWG, der Konzessionsabgabe, der Aufschläge gemäß Kraft-Wärme-Kopp-lungsgesetz und der EEG-Umlage rückwirkend zum Zeitpunkt ihrer Änderung spätestens mit der Jahresrechnung für jede Entnahmestelle an den Auftraggeber in vollem Umfang weiterzugeben.
- (8) Verändern sich die unmittelbaren Kosten für die Stromlieferung nach Abschluss dieses Stromlie-fervertrages durch Neueinführung oder Erhöhung von Steuern (derzeit Stromsteuer und Umsatz-steuer) oder gesetzlicher Abgaben, kann der Auftragnehmer hieraus entstehende Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens an den Kunden weiterberechnen. Dies gilt nicht, so-weit die Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens bereits bei Vertragsschluss kon-kret vorhersehbar waren oder die jeweilige gesetzliche Regelung der Weiterberechnung entge-gensteht. Die Weitergabe ist auf die Mehrkosten beschränkt, die nach dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung (z.B. nach Kopf oder nach Verbrauch) dem einzelnen Vertragsverhältnis zugeordnet werden können. Bei Wegfall oder Senkung einer Steuer oder gesetzlicher Abgabe ist der Auftragnehmer entsprechend der vorstehenden Regelung zur Weitergabe an den Auftragge-ber verpflichtet.
- (9) Etwaige Mehrkosten aus einem Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten sind durch die Strompreise abgegolten. Änderungen der europäischen und nationalen Regelungen zum Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten nach Vertragsschluss ändern die Vertragsgrundlagen nicht.
- (10) Die Erfassung und Abrechnung der Blindarbeit erfolgt durch den Netzbetreiber unmittelbar ge-genüber dem Auftragnehmer.
- (11) Alle Preise sind Nettopreise, zu denen die jeweils gültige Umsatzsteuer hinzuzurechnen ist, der-zeit in Höhe von 19 %.
- (12) Überschreitet oder unterschreitet (z. B. aufgrund höherer oder geringerer Grundwasser-Förder-mengen) der tatsächliche Energiebedarf in einem Lieferjahr das Mengen-Toleranzband in Höhe entsprechend der in der **Anl. 5 vereinbarten Toleranzen**, so verpflichtet sich der Auftragnehmer, Mehrmengen hinzuzukaufen bzw. nicht benötigte, bereits für den Auftraggeber beschaffte Min-dermengen über den Spotmarkt der Strombörse EPEX Spot zu verkaufen. Die Weiterverrech-nung der Mehr- und Mindermengen außerhalb des Toleranzbandes orientiert sich am Spotmarkt-preis im Jahresdurchschnitt des jeweiligen Lieferjahres und erfolgt bis spätestens 15. Februar des Folgejahres ohne Aufschlag des Auftragnehmers. Die vom Auftragnehmer an den Auftrag-geber zu liefernden Mehrmengen müssen sämtliche Anforderungen an die Qualität des Ökostroms und die entsprechenden Nachweise erfüllen. Zulässig und ausreichend ist eine zeitli-che Bilanzierung dieser zusätzlich gelieferten Strommengen.

§ 11 Abrechnung der Stromlieferung

- (1) Die Rechnungslegung erfolgt durch den Auftragnehmer. Die Rechnungsanschrift des Auftraggebers wird der Auftraggeber mit der Ausfertigung der Vertragsurkunde mitteilen. Die Rechnungen sind in deutscher Sprache zu verfassen.
- (2) Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage der für das jeweilige Lieferjahr vereinbarten Strompreise sowie des Verzeichnisses der Entnahmestellen (Anlage 1 der Leistungsbeschreibung). Für alle Abnahmestellen sind Abschlags- und Jahresrechnungen zu erteilen. Die Höhe geleisteter Abschlagszahlungen ist in der Jahresrechnung auszuweisen.
- (3) Jede Rechnung hat Angaben zu den Leistungs- und Verbrauchsdaten sowie zu den Strompreisbestandteilen zu enthalten. Der Auftragnehmer hat in jeder Rechnung folgende Preisbestandteile separat auszuweisen:
 - Strompreise
 - Netznutzungsentgelte
 - Entgelte für Messung und Zahldatenbereitstellung durch den Netzbetreiber bzw. den Messstellenbetreiber
 - Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV
 - Umlage nach § 19 Absatz 2 StromNEV
 - Offshore-Haftungsumlage nach § 17f EnWG
 - Aufschläge gemäß KWKG
 - Konzessionsabgabe gemäß KAV
 - Eventuelle anfallende Blindarbeit (oberhalb der Abrechnungsfreigrenze)
 - EEG-Umlage gemäß EEG
 - Stromsteuer gemäß Stromsteuergesetz
 - Umsatzsteuer.

Die Zusammenfassung einzelner Preisbestandteile zum Zwecke der Rechnungslegung ist vorher mit dem Auftraggeber einvernehmlich abzustimmen.

- (4) Für Abnahmestellen mit registrierender Leistungsmessung ist eine monatliche Abschlagsrechnung auf Grundlage und unter Angabe der in dem Rechnungsmonat gemessenen Abnahmedaten und den in Anlage Preisblatt vereinbarten Preisen zu erteilen. Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage der monatlich gemessenen Leistungs- und Verbrauchsdaten.
- (5) Für Abnahmestellen ohne Leistungsmessung leistet der AG zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Lieferjahres vierteljährliche Abschlagszahlungen auf Grundlage der vom Verteilnetzbetreiber bzw. Messstellenbetreiber mitgeteilten Verbrauchsprognosen.
- (6) Abweichend davon können AN und AG auch andere Abschlagspläne vereinbaren, soweit der AG dadurch wirtschaftlich nicht schlechter gestellt wird und sich der Buchungsaufwand beim AG nicht erhöht.
- (7) Der Auftragnehmer erteilt für alle nach diesem Vertrag belieferten Entnahmestellen ohne registrierende Leistungsmessung bis zum 31. Januar des Folgejahres eine Jahresrechnung, sofern der Netzbetreiber ihm rechtzeitig alle dafür notwendigen Daten geliefert hat. Bei verzögerter Datenübermittlung durch den Netzbetreiber verpflichtet sich der Auftragnehmer, sich gegenüber dem Netzbetreiber um eine möglichst rechtzeitige Übermittlung der notwendigen Daten zu bemühen.

und gegenüber dem Auftraggeber die Jahresrechnung zeitnah zu erstellen. Der Auftragnehmer übersendet dem Auftraggeber zusammenhängend alle Jahresrechnungen.

- (8) Rechnungsjahr und Lieferjahr ist das Kalenderjahr.
- (9) Die prüffähigen Rechnungen sind binnen 30 Tagen nach Rechnungseingang beim Auftraggeber ohne Abzug zur Zahlung fällig. Alle Zahlungen sind bargeldlos zu leisten.
- (10) Der Auftragnehmer übersendet dem Auftraggeber die Rechnungsdaten aus den Abschlagsrechnungen und der Jahresrechnung zum Zwecke der Rechnungskontrolle, der Zahlungsabwicklung und Verbuchung zusätzlich als pdf Datei kostenlos an eine vom Auftraggeber mit der Vertragsausfertigung mitzuteilen der E-Mail-Adresse: Die Überlassung der Jahresdaten an den Auftraggeber erfolgt bis zum 31. Januar des Folgejahres.
- (11) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in allen Rechnungen die Kundenbezeichnung sowie die Zählpunktbezeichnung für jede belieferte Messstelle anzugeben.
- (12) Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer pro Entnahmestelle einen für den Einzelfall zu benennenden Rechnungsempfänger mitteilen. Zur Erleichterung der internen Buchhaltung des Auftraggebers ist bei allen Rechnungen ein Angabenfeld für ein noch zu benennendes Geschäftszeichen, eine Anweisungsstelle oder eine Haushaltsstellenummer vorzusehen.
- (13) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom Auftraggeber rechtzeitig mitgeteilte Änderung von Angaben zu den einzelnen Entnahmestellen bei der Abrechnung zu berücksichtigen.
- (14) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für jedes Lieferjahr gesondert zu prüfen, ob die Stromlieferung an die Entnahmestellen des Auftraggebers mit registrierender Leistungsmessung aufgrund der Grenzpreisregelung des § 2 Absatz 4 Konzessionsabgabenverordnung von der Konzessionsabgabenzahlung befreit ist. Der Auftragnehmer wird dazu dem Auftraggeber eine nachvollziehbare Berechnung (Grenzpreisvergleich) vorlegen. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer dafür alle benötigten Informationen zur Verfügung stellen. Soweit und sofern der maßgebliche Grenzpreis unterschritten wird, verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Befreiung von der Konzessionsabgabe gegenüber dem Netzbetreiber geltend zu machen. Soweit erforderlich, hat er dazu ein Testat eines Wirtschaftsprüfers oder vereidigten Buchprüfers einzuholen; deren Kosten trägt der Auftraggeber.

§ 12 Persönlicher Ansprechpartner

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber für die gesamte Vertragslaufzeit einen persönlichen, deutschsprechenden Ansprechpartner zu benennen, der dem Auftraggeber für alle Belange im Zusammenhang mit der Stromlieferung zur Verfügung steht. Als persönlicher Ansprechpartner wird bestimmt:

[Kontaktdaten des persönlichen Ansprechpartners:]
(bei Angebotsabgabe nicht auszufüllen)

[Name und Telefonnummer seines Stellvertreters:]

- (2) Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen des persönlichen Ansprechpartners sind mit dem vereinbarten Stromlieferpreis abgegolten.
- (3) Liegen wichtige Gründe vor, hat der Auftraggeber das Recht, vom Auftragnehmer die Benennung eines anderen persönlichen Ansprechpartners bzw. eines anderen Stellvertreters zu verlangen.

§ 13 Datenbereitstellung

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die gesamten Rechnungsdaten aller Entnahmestellen und die Lastgänge als Viertelstundenmessung der Entnahmestellen mit registrierender Leistungsmessung in elektronischer Form auf Datenträgern bzw. als E-Mail-Anhang einmal pro Lieferjahr unentgeltlich zur Verfügung. Als Dateiformat ist das Microsoft Office-Excel-Format oder nach Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber ein entsprechend konvertierbares Format zu verwenden.

§ 14 Vertragslaufzeit

- (1) Die Stromlieferung beginnt am 01.01.2027 um 0:00 Uhr und endet am 31.12.2027 um 24:00 Uhr.
- (2) Die vertraglichen Verpflichtungen aus diesem Vertrag beginnen mit Vertragsschluss (Zuschlagserteilung).
- (3) Der Vertrag verlängert sich automatisch einmalig um weitere 12 Monate bis zum 31.12.2028, wenn nicht eine der beiden Vertragsparteien 6 Monate vor Ablauf der Erstlaufzeit (31.12.2027) schriftlich kündigt.

§ 15 Lieferunterbrechung und Haftung

- (1) Sollte einer der Vertragspartner durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, ganz oder teilweise daran gehindert sein, seinen Liefer- bzw. Bezugsverpflichtungen aus diesem Vertrag nachzukommen, so ruhen diese Verpflichtungen so lange, bis die Störungen und deren Folgen behoben sind. Der Auftragnehmer hat in diesem Fall keinen Anspruch auf die Gegenleistung. Der Betroffene ist verpflichtet, seinen Vertragspartner sofort zu verständigen und unverzüglich mit allen technisch und wirtschaftlich zumutbaren Mitteln dafür zu sorgen, die Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Stromliefervertrages wiederherzustellen. Bei einer Störung des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses gilt Absatz (2) entsprechend.
- (2) Der Auftragnehmer ist von der Lieferpflicht befreit, soweit und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und die Nutzung des Anschlusses aus eigenen Rechten unterbrochen hat. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich über die mit der

Schadensverursachung durch den Netzbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.

- (3) § 19 StromGVV findet entsprechende Anwendung.
- (4) Im Übrigen haftet der AN für Schäden aus der schuldhaften Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie für Schäden aus vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung. Der AN haftet auch für Schäden aus schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, bei leichter Fahrlässigkeit jedoch der Höhe nach begrenzt auf die bei Beginn des Lieferverhältnisses vorhersehbaren vertragstypischen Schäden.
- (5) Die Bestimmungen des Produkthaftungsgesetzes und des Haftpflichtgesetzes bleiben unberührt.

§ 16 Sonderkündigungsrecht, Schadenersatz und Vertragsstrafe

- (1) Erfüllt die Stromlieferung nicht die Anforderungen gemäß § 1 bis § 3 des Stromliefervertrages oder erfüllt der Auftragnehmer seine Nachweispflichten gemäß § 4 des Stromliefervertrages nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig, so ist der Auftraggeber berechtigt, den Stromliefervertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich schriftlich zu kündigen.
- (2) Macht der Auftraggeber von seinem Sonderkündigungsrecht Gebrauch, so ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber zum vollen Schadenersatz verpflichtet. Der Schadenersatz umfasst insbesondere sämtliche Mehrkosten, die dem Auftraggeber während einer vorübergehenden Lieferung von Strom aus erneuerbaren Energien durch einen anderen Lieferanten und im Zuge der erforderlichen Neuvergabe des Lieferauftrages entstehen.

§ 17 Beauftragung von Unterauftragnehmern

- (1) Der Auftragnehmer ist mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, Leistungen an Unterauftragnehmer weiterzugeben. Der Unterauftragnehmer gilt als Erfüllungsgehilfe des Auftragnehmers.
- (2) Unterauftragnehmer müssen in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht hinreichend Gewähr für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung bieten.
- (3) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die beabsichtigte Beauftragung von Unterauftragnehmern rechtzeitig vorher schriftlich mitteilen. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass der Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weiter vergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat vorher schriftlich zugestimmt.

§ 18 Rechtsnachfolge

- (1) Jeder Vertragspartner ist berechtigt und im Falle des Übergangs seiner Vermögenswerte auf einen Dritten verpflichtet, den Vertrag auf seinen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Vertragspartner werden jedoch von ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag nur befreit, wenn der Nachfolger den Eintritt in den Vertrag mit gleichen Rechten und Pflichten schriftlich erklärt und der andere Vertragspartner schriftlich zustimmt. Die Zustimmung kann nur bei begründeten Einwendungen

gegen die technische oder wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Rechtsnachfolgers verweigert werden.

- (2) Die Regelungen zur Rechtsnachfolge gelten auch für Unterauftragnehmer des Auftragnehmers.

§ 19 Wesentliche Vertragsbestandteile

Nachfolgende Anlagen aus den allgemeinen Vergabebedingungen (Leistungsbeschreibung) sind wesentliche Vertragsbestandteile dieses Stromliefervertrages:

- Anlage 1: Verzeichnis der Abnahmestellen und Verbrauchs- und Leistungsdaten für das Jahr 2025
- Anlage 5: Preisblatt (in Verbindung mit den Anlagen 13, 14 und 15)
- Anlage 6: Stammdatenblatt bzw. Stammdatenblätter zur Anlagenkategorie

§ 20 Meinungsverschiedenheiten

Im Fall von Meinungsverschiedenheiten der Vertragspartner über Inhalt und Umfang der beiderseitigen Vertragspflichten gelten in der folgenden Reihenfolge:

- dieser Vertrag und seine Anlagen
- die dem Auftragnehmer im Vergabeverfahren schriftlich erteilten Auskünfte und Mitteilungen
- die allgemeinen Vergabebedingungen (Leistungsbeschreibung)
- das Angebot des Auftragnehmers
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

§ 21 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag, einschließlich der Änderung dieser Klausel, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages einschließlich der Anlagen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die ungültige Bestimmung durch eine dem angestrebten wirtschaftlichen Erfolg möglichst nahekommende gültige Regelung zu ersetzen.
- (3) Entsprechendes gilt für nachträglich auftretende, von den Vertragspartnern nicht bedachte Vertragslücken.
- (4) Die „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Elektrizität aus dem Niederspannungsnetz“ (StromGKV) ist in der jeweils gültigen Fassung nur insoweit Vertragsbestandteil, wie in diesem Stromliefervertrag darauf ausdrücklich Bezug genommen wird.
- (5) Die Vertragspartner sichern sich gegenseitig zu, den gesamten Inhalt dieses Vertrages vertraulich zu behandeln. Dieselbe Verpflichtung trifft gegebenenfalls auch Unterauftragnehmer des Auftragnehmers.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die durch ihn erhobenen Daten ausschließlich zu den vertraglich vereinbarten Zwecken zu verwenden. Dieselbe Verpflichtung trifft gegebenenfalls auch Unterauftragnehmer des Auftragnehmers. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes.
- (7) Alle Verträge, Abrechnungen, Korrespondenz oder sonstige schriftlich oder in Textform gegebenen Informationen sind in deutscher Sprache abzufassen.
- (8) Erfüllungsort für die Stromlieferverpflichtung des Auftragnehmers sind die in Anlage 1 benannten Anschriften der jeweiligen Entnahmestellen. Für alle sonstigen Verpflichtungen ist Erfüllungsort der Dienstsitz des Auftraggebers.
- (9) Gerichtsstand ist der Sitz des Auftraggebers.
- (10) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer erhalten jeweils eine Ausfertigung des Stromliefervertrages.

[Ort, Datum]

[Ort, Datum]

(bei Angebotsabgabe nicht auszufüllen)

Unterschrift(en) Auftraggeber

Unterschrift(en) Auftragnehmer

(Siegel/Stempel Auftraggeber)

(Siegel/Stempel Auftragnehmer)

Anlage 6: Stammdatenblatt zur Anlagenkategorie**Stammdatenblatt zur Anlagenkategorie****Hinweis:**

Bei geplantem Strombezug aus mehreren Erzeugungsanlagen bitte mehrere Datenblätter zu den Erzeugungsanlagen verwenden.

Bezeichnung der Anlage		
Art der Anlage	<input type="checkbox"/> Neuanlage	<input type="checkbox"/> Altanlage
Standort (vollständige Anschrift)		
Betreiber (vollständige Anschrift)		
Ansprechpartner / Telefonnummer / E-Mail		
Installierte elektrische Leistung (MW)		
Art der erneuerbaren Energie		
Bei Einsatz von Biomasse: Art der Biomasse (fest, flüssig, gasförmig)		
Bei Mitverbrennung von Biomasse in einem thermischen Kraftwerk: Art, Menge und Heizwert der mitverbrannten Biomasse sowie der verbrannten fossilen Energieträger		
Datum der Inbetriebnahme		
Bei Umstellung eines thermischen Kraftwerkes auf Mitverbrennung von Biomasse: Datum der Bestandskraft der Änderungsgenehmigung		
Bei Erhöhung des elektrischen Arbeitsvermögens nach Inbetriebnahme: Datum der Inbetriebnahme und Menge (kWh) des erhöhten elektrischen Arbeitsvermögens		

Bezeichnung der Anlage		
Liefermengen	Vorgesehene Liefermenge aus dieser Erzeugungsanlage	Prozentualer Anteil der Lieferung aus dieser Er- zeugungsanlage an der je- weiligen Jahresstromliefer- menge
Lieferjahr 2027 (Prognostizierter Jahresbedarf ca. 3.650.000 kWh)	kWh	%

Anzahl der verwendeten Stammdatenblätter:

Stammdatenblatt _____ von _____ Stammdatenblättern

Erklärung des Bieters:

Hiermit bestätige/n ich/wir die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort, Datum

Firmenstempel und deklaratorische Unterschrift(en) des Bieters

Anlage 7: Referenzliste zur Lieferung von Ökostrom

Vom Bieter, von den Mitgliedern der Bietergemeinschaft auszufüllen. Für die Beschreibung bzw. Darstellung weiterer Referenzprojekte ist das Formblatt zu vervielfältigen bzw. es können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. Es sind mindestens 2 Referenzen anzugeben. Die Referenzen müssen alleine oder in Summe, soweit sich eine Gruppe von Auftraggebern im Rahmen der Beschaffung zusammengeschlossen hat, mindestens 50 % des Auftragsvolumens der ausgeschriebenen Leistung erfassen.

(Name des Bieters bzw. des Mitglieds der Bietergemeinschaft)

Angaben über die Lieferung von Ökostrom (Strom aus erneuerbaren Energiequellen) mit oder ohne Netznutzung an öffentliche, industrielle oder gewerbliche Auftraggeber in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit dem zu vergebenden Stromlieferauftrag vergleichbar sind:

1.	Auftraggeber		Ansprechpartner des AG mit Telefonnummer	
	Liefervolumen (kWh/a)	Zeit der Auftragsdurchführung	Art des gelieferten Stroms	ggf. der Lieferung zugrunde liegendes Ökostrom-Zertifikat
2.	Auftraggeber		Ansprechpartner des AG mit Telefonnummer	
	Liefervolumen (kWh/a)	Zeit der Auftragsdurchführung	Art des gelieferten Stroms	ggf. der Lieferung zugrunde liegendes Ökostrom-Zertifikat

Anlage 8: Eigenerklärung zur Eignung

- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
- Ich/Wir erkläre/n, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Absatz 1 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht vorliegen.
- Ich/Wir erkläre/n, dass über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder beantragt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde. Ich/Wir befinde/n mich/uns nicht in Liquidation.
- Ich/Wir erkläre/n, dass wir im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens (oder eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens) über das Vermögen des von mir/uns vertretenen Unternehmens, ich/wir einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" meinem/unserem Angebot beifüge(n).
- Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.
- Ich/Wir versichere/n, dass keine Verfehlungen wie Straftaten im Geschäftsverkehr (Betrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung, Vorteils-gewährung, Geldwäsche, Subventionsbetrug, u.a.) vorliegen, die einen Ausschluss an der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen können. Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten.
- Ich/Wir bestätige/n, dass die im Angebot in Bezug auf die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Eignung abgegebenen Erklärungen zutreffend sind.
- Mir/uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrags wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle für Vergabeausschlüsse nach sich ziehen kann.
- Ich/wir verpflichte/n mich/uns, die vorstehende Eigenerklärung zur Eignung auch von Unterauftragnehmern zu fordern und vor Vertragsabschluss (Zuschlagserteilung), spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Beauftragung von Unterauftragnehmern vorzulegen.

Die vorliegenden Bewerbungs- und Vertragsbedingungen erkenne/n ich/wir an.

Der/Die Unterzeichnende bestätigt, dass er/sie berechtigt ist, für den Bieter rechtsverbindliche Erklärungen abzugeben.

Ort, Datum

Firmenstempel und deklaratorische Unterschrift(en) des Bieters

Anlage 9: Eigenerklärung zum Unternehmen

Firma:	
Anschrift:	
Gesellschafter:	
Sparten:	<input type="checkbox"/> Stromvertrieb <input type="checkbox"/> Erdgasvertrieb <input type="checkbox"/> Stromnetzbetrieb <input type="checkbox"/> Gasnetzbetrieb <input type="checkbox"/> Fernwärme <input type="checkbox"/> Wasser <input type="checkbox"/> Nahverkehr <input type="checkbox"/> Entsorgung <input type="checkbox"/> _____ <input type="checkbox"/> _____ <input type="checkbox"/> _____
<p>Gesamtumsatz (gemäß Jahresabschluss) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren:</p> <p>davon Umsatz durch Stromlieferungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren:</p>	<p>2023: _____ Mio. € netto</p> <p>2024: _____ Mio. € netto</p> <p>2025: _____ Mio. € netto</p> <p>2023: _____ Mio. € netto</p> <p>2024: _____ Mio. € netto</p> <p>2025: _____ Mio. € netto</p>
Anzahl der im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr beschäftigten Arbeitskräfte	_____

gehört zu Anlage 9: Eigenerklärung zum Unternehmen

Dem Unternehmen erteilte Zertifikate für

- Qualitätsmanagement:
- Umweltmanagement und Auditsystem (E-MAS):

Anlage 10: ggf. Erklärung einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen

1. _____

2. _____

3. _____

haben uns für die Ausschreibung der Lieferung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien (Ökostrom) an den Wasserzweckverband im Landkreis Birkenfeld zu einer Bietergemeinschaft zusammengeschlossen. Wir geben als Bietergemeinschaft ein Angebot ab.

Für den Fall der Zuschlagserteilung auf unser Angebot werden wir zur Erfüllung des Stromliefervertrages eine Arbeitsgemeinschaft bilden.

Wir übernehmen für Verbindlichkeiten aus dem Stromliefervertrag gegenüber dem Auftraggeber die gesamtschuldnerische Haftung.

Als bevollmächtigten Vertreter unserer Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft benennen wir

Der bevollmächtigte Vertreter ist ermächtigt, die Mitglieder der Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich zu vertreten.

Wir erteilen uns gegenseitig Geldempfangsvollmacht für sämtliche Zahlungen des Auftraggebers gemäß dem Stromliefervertrag.

Ort, Datum

Firmenstempel und deklaratorische Unterschrift(en) des Bieters

Ort, Datum

Firmenstempel und deklaratorische Unterschrift(en) des Bieters

Ort, Datum

Firmenstempel und deklaratorische Unterschrift(en) des Bieters

Anlage 11: ggf. Erklärung zur beabsichtigten Beauftragung von Unterauftraggebern

Für den Fall, dass auf unser Angebot der Zuschlag erteilt wird, beabsichtigen wir, folgende näher bezeichneten Unteraufträge zu erteilen.

1.

Firma

Anschrift

Leistung**2.**

Firma

Anschrift

Leistung**3.**

Firma

Anschrift

Leistung

Für jeden Unterauftragnehmer ein gesondertes Blatt verwenden.

Anschrift

Leistung

[illegible]

Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

Bewerber/Bieter	Vergabenummer	Datum
Titel der Ausschreibung		
Name des sich verpflichtenden Unternehmens		

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, auch mit Wirkung gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter diesem mit den Fähigkeiten (Mitteln/Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens zur Verfügung zu stehen.

Ich/Wir übernehmen gemäß § 47 Abs. 3 VgV im Falle der Eignungsleihe hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit für Verbindlichkeiten aus den Stromlieferverträgen gegenüber dem jeweiligen Auftraggeber die gesamtschuldnerische Haftung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe.

(Ort, Datum)	(Unterschrift, Firmenstempel)

Anmerkung: Eine Unterschrift im Original ist bei Textform nicht erforderlich. Deshalb genügt das Hochladen und versenden der handschriftlich unterschriebenen Erklärung.

Anlage 13: Eigenerklärung zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen (Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

1. Der / die **Bewerber / Bieter**

☐ gehört

☐ gehört nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Erforderliche Nachweise werden auf Aufforderung unverzüglich vorgelegt. Vorzulegende Nachweise können insbesondere sein: Staatsbürgerschaftsnachweis, Handelsregisterauszug oder entsprechend vergleichbare Auszüge aus Registern anderer Länder. Sämtliche Nachweise sind in deutscher Sprache vorzulegen. Fremdsprachigen Nachweisen ist eine deutsche Übersetzung beizulegen.

Ort, Datum

Firmenstempel und deklaratorische Unterschrift(en) des Bieters

Anlage 14: Mustererklärung 3 LTTG**Mustererklärung 3**

nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Auftragsnummer:	<input type="text"/>
Vergabestelle:	<input type="text"/>
Leistung:	<input type="text"/>

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Ich/Wir **verpflichtet/n** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 1.1.2019: 9,19 €; ab 1.1.2020: 9,35 €; ab 1.1.2021: 9,50 €; ab 1.7.2021: 9,60 €; ab 1.1.2022: 9,82 €; ab 1.7.2022: 10,45 €; ab 1.10.2022: 12,00 €; ab 1.1.2024: 12,41 €; ab 1.1.2025: 12,82 €; ab 1.1.2026: 13,90 €; ab 1.1.2027: 14,60 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmer, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB